

## ANTRAG NR. 01

**Antragstellerin:** Bundesfrauenvorstand

**Betreff:** Kampagne gegen Niedriglohn

Die Bundesfrauenkonferenz möge beschließen und an den 19. Ordentlichen Gewerkschaftstag weiterleiten:

Der Bundesvorstand wird aufgefordert eine Kampagne gegen Niedriglohn zu starten.

Diese Kampagne soll Öffentlichkeit und Unrechtsbewusstsein schaffen für die Lebenssituation von Menschen im Niedriglohnbereich.

In persönlicher Ansprache durch haupt- und ehrenamtliche Kollegen/innen werden Umfragen innerhalb unseres Organisationsbereichs gestartet, um die Lebenssituationen von Menschen im Niedriglohnbereich, wie zum Beispiel in der Floristik oder dem Gebäudereiniger-Handwerk, aufzuzeigen. Daraus werden anschauliche Beschreibungen von Einzelfällen erstellt. Diese sollen sich nicht nur auf die Lohn- und Arbeitssituation beschränken, sondern auch die daraus resultierenden familiären Probleme beschreiben.

Die so veranschaulichten Einzelschicksale werden dann an maßgebliche Persönlichkeiten aus der Politik und den Arbeitgeberverbänden weitergegeben mit der Aufforderung: „Tauschen Sie doch einmal für ein Jahr und versuchen Sie, von einem solchen Einkommen zu leben!“

Diese Materialien sollen darüber hinaus auch den Mitgliedern der Tarifkommissionen aus den entsprechenden Bereichen zur Verfügung gestellt werden.

**Begründung:** Bei den Politikern aller Parteien gibt es zurzeit einen starken Trend, immer mehr auf die Ausweitung der Niedriglohnbereiche zu drängen. Dies zeigt sich schon jetzt in vielen politischen Entscheidungen, insbesondere in den Hartz-Gesetzen. Die Zumutbarkeitsregelungen bei der Vermittlung von Arbeitslosen und die Förderung von Zeitarbeit sind nur zwei Beispiele.

**Niedriglöhne schaffen jedoch keine Arbeitsplätze, sondern wirken sich persönlich und volkswirtschaftlich negativ aus.**

Nahezu täglich sind in den Medien Äußerungen von Spitzenpolitikern zu hören, die noch weitere Niedriglohnsektoren oder eine weitere generelle Öffnung der Tarifverträge nach unten fordern. Diejenigen, die Niedriglöhne propagieren, müssen jedoch nicht davon leben!

Immer mehr Menschen in Deutschland leben am Rande oder sogar unter der Armutsgrenze. Menschen, die immer längere Arbeitszeiten, den Zwang zu Schwarzarbeit oder mehrere Jobs gleichzeitig in Kauf nehmen müssen. Durch die mangelhafte soziale Sicherung wird die Altersarmut weiter zunehmen.

Als Gewerkschaft werden wir dies nicht kampflos hinnehmen und setzen uns immer wieder mit aller Kraft für existenzsichernde und menschenwürdige Arbeitsverhältnisse ein.

**Empfehlung der Antragsberatungskommission:            Annahme**

angenommen		abgelehnt	
Stimme ja	Stimmen nein	Enthaltung	